



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB
Landesverband Rheinland-Pfalz



Online - Express

Newsletter der DPoIG

Ausgabe 01/2020 vom 03.03.2020

DPoIG Seminar der Landesverbände NRW und RLP

Die Bedeutung der Verkehrssicherheitsarbeit für die Kriminalitätsbekämpfung

In Zusammenarbeit mit dem Landesverband der DPoIG Nordrhein-Westfalen wird in der Zeit vom 01.07.2020 bis 03.07.2020 an der dbb Akademie in Königswinter ein hochinteressantes Seminar stattfinden.

U.a. werden folgende Themen aufgegriffen:

- Schleierfahndung in Bayern - ein Erfolgsmodell im Sinne des integrativen Ansatzes
- „Unfallort = Tatort“ - Professionelle Verkehrsunfallaufnahme
- Neuland Elektrokleinstfahrzeugverordnung (eKFV)

Diese und weitere Seminarinhalte werden für insgesamt 20 Teilnehmer in Kürze veröffentlicht und für eine Meldung an die Geschäftsstelle in Mainz freigegeben.

Projekt „Gesünderes Arbeiten in der Polizei“ – Einrichtung eines Teilprojekts „Gesünderes Arbeiten in der Kriminalpolizei“

In der Projektgruppe sollen in Form eines hierarchie- und behördenübergreifenden Ansatzes neben Angehörigen der Polizeipräsidien, des LKA, der HdP und des HPR auch die Berufsvertretungen, eine Vertretung der Schwerbehinderten in der Polizei sowie eine Gleichstellungsbeauftragte mitwirken.

Eine wissenschaftliche Begleitung des Projektes ist vorgesehen. Die konstituierende Sitzung des Projektes GAP K unter der Leitung von LPD Schmolzi war am 27.02.2020. Für die DPolG ist unser Beisitzer für die Kriminalpolizei, Kilian Eltges, Mitglied der Arbeitsgruppe.

Seniorensseminar 2020

Unter der Leitung des ehemaligen Landesvorsitzenden Benno Langenberger veranstaltete die DPolG Rheinland-Pfalz am 27. und 28. Februar in Löslich an der Mosel ihr erstes Seniorensseminar für 2020.

In den mit wertvollen Informationen voll bepackten beiden Tagen erfuhren die kurz vor der Pension stehenden oder bereits in Pension befindlichen Kollegen viel Neues und erhielten auf ihre Fragen von den Referenten kompetente Antworten und Handlungshinweise.



Neben Versicherungs- und Pflegerechtlichen Fragen herrschte vor allem an den von der Notarin Ulrike Zang aus Traben-Trarbach präsentierten Themen Erben und Vererben sowie Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung und Betreuungsverfügung, zu denen Thereza Pesch vom SKFM Sozialdienst aus Wittlich Rede und Antwort stand, großes Interesse.

Hinweise und Anleitung zu altersgerechtem Sport und gesunder Ernährung rundeten das anspruchsvolle Programm ab.

Zum Schluss waren sich alle Teilnehmer einig: Das Seminar hat sich wirklich gelohnt.

Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen sterben früher

Mit dieser Schlagzeile hat die DPolG Ende 2019 in einer Pressemitteilung auf diesen nicht unbekanntem Umstand erneut aufmerksam gemacht.

Schockierend sind die Erkenntnisse, die die DPoIG aus den Berichten über die Beamtenversorgung der Jahre 1999 bis 2018 zieht.

Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sterben nicht nur früher als andere Beamtinnen und Beamte, noch viel besorgniserregender ist, dass sie auch nicht an der allgemeinen Verlängerung der Lebenserwartung der übrigen Bevölkerung teilnehmen.

Lag das Sterbealter der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Jahre 1999, mit 77 Jahren, noch in etwa in dem Bereich, in dem auch die restlichen Beamtinnen und Beamten verstarben, hat sich dies in der vergangenen 20 Jahren deutlich verändert.

Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sterben noch immer mit ca. 77 Jahren. Während die restlichen Beamtinnen und Beamten inzwischen, je nach Sparte, eine Lebenserwartung von 81 bis 83 Jahren haben. Sie machen also die Entwicklung der Lebenserwartung der Gesamtbevölkerung mit. An den Kolleginnen und Kollegen geht diese Entwicklung völlig vorbei.

Wenn man dann noch berücksichtigt, dass an Polizisten bei der Einstellung, sehr hohe Anforderungen an die Gesundheit gestellt werden, die Polizisten deshalb eigentlich ein deutlich höheres Lebensalter erreichen müssten als die übrigen Beamten und auch die Gesamtbevölkerung, dann kosten die extrem hohen Anforderungen an den Beruf die Kolleginnen und Kollegen ca. ein Jahrzehnt an Lebenserwartung.

Durchschnittsalter bei Einstellung des Ruhegehalts (Sterbealter)

Daten aus den Berichten der Landesregierung über die Beamtenversorgung

Jahr	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Lehrer bis A 13 S	78	77	79	76	78	76	78	77	77	78
Lehrer ab A 13	77	79	80	80	78	78	78	79	78	78
Universität	76	In diesen Jahren nicht im Bericht erfasst							77	82
Polizei- und Justizvollzug	77	78	76	78	77	78	76	80	81	74
Übrige	78	78	79	79	80	78	79	79	80	81

Jahr	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Lehrer bis A 13 S	79	79	79	80	80	80	79	81	81	81
Lehrer ab A 13	78	80	81	81	81	81	81	82	83	83

Universität 82 85 83 83 81 81 83 82 83 83

Polizei- und Justizvollzug 80 78 77 78 76 76 76 78 77 77

Übrige 81 81 81 81 82 81 81 82 84 82

Mit seiner Entscheidung, die Polizeizulage nicht ruhegehaltsfähig zu gestalten, ignoriert die Landesregierung diese Tatsachen.

Im Rahmen der Debatte um eine Heilfürsorge für den Polizeidienst ist es an der Zeit umzusteuern und u.a. mit der Einführung von Vorsorgekuren für alle Polizeibeamten*innen ein richtungweisendes Zeichen zu setzen.

Werkstattpapier „Aufbruch. Der öffentliche Dienst der Zukunft. Agil. Vielfältig. Digital.“

Auf der dbb Jahrestagung Anfang Januar hat unser Dachverband das von der dbb Grundsatzkommission für Demografie, Vielfalt und Zukunftsmanagement erarbeitete Werkstattpapier „Aufbruch. Der öffentliche Dienst der Zukunft. Agil. Vielfältig. Digital.“ vorgestellt. Das Papier kann auf der Homepage heruntergeladen werden.



<https://www.dbb.de/aufbruch-der-oeffentliche-dienst-der-zukunft.html>

Parallel dazu ist eine Dialogplattform freigeschaltet, auf der alle Interessierten Feedback zu dem Werkstattpapier geben und ihre Sicht auf die Zukunft des öffentlichen Dienstes einbringen können.

Impressum

Deutsche Polizeigewerkschaft Rheinland-Pfalz im DBB (DPoIG)
Adam-Karrillon-Straße 62, 55118 Mainz, Telefon 06131-234488
info@dpolg-rlp.de, www.dpolg-rlp.de
V.i.S.d.P.: Landesgeschäftsführer Wolfgang Faber